

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Rindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 16mal. — Preis monatlich 1.50 und
0.30 Beleggeld, beim eigenen Wohnort befreit. — Für
Ausland unter Streichband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelieferter 10 Hg. Postgeb. 10 Hg. Hannover 1777.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Hg. Beilagen unter 25 g je tausend 10 Hg.
Schluss der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 5 Uhr. Postgeb.
Hannover 1777.

Nr. 294.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 17. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Sei mild bei deines Nächsten Fehle,
Doch streng bei deiner eignen Seele;
Verschließ dein Herz dem Weltgetümmel
Und halt es offen für den Himmel.

Beroh.

Umschau.

— Die neue Notverordnung. — Brüning's Rundfunkrede.
— In die 6. Million. — Die Verhandlungen in Basel.
— Frankreichs Geheimanweisung. — „Sanktionen!“
— Eine vernünftige Forderung Vorwärts. — Vernunft oder
Chaos? —

Brüning's Weihnachtsgeschenk für das deutsche Volk — die „vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ — stellt einen ungeheuerlichen Eingriff in das Leben jedes einzelnen Deutschen dar. Die neue Notverordnung ist bekanntlich schon am 6. Oktober „für die nächsten Tage“ angekündigt worden. Aber mit ihrem Abschluß bis zur Unterschrift hat es dann schließlich bis zum 8. Dezember gedauert. Diese Zeit hat genügt, um aus dem Inhalt der Verordnung etwas ganz anderes werden zu lassen, als die Reichsregierung selbst noch am 6. Oktober vorausgesehen hat. Damals wurde noch feierlich erklärt, daß die Grenze der Opfer, die man dem deutschen Volke auferlegen könnte, erreicht sei und unter keinen Umständen mehr eine weitere Dehnung ertrage. Heute muß Vizekanzler Dietrich vor aller Öffentlichkeit zugeben, „daß die verflochtenen zwei Monate genügt haben, um diese Zusage gründlich hinfällig zu machen“.

Das deutsche Volk ist opfergewohnt und es würde sicherlich auch die neue Notverordnung mit Freuden hingenommen haben, wenn es die Hoffnung hätte, daß der Zukunft unseres deutschen Vaterlandes damit in irgendeiner Weise geholfen wäre. Wir alle wissen, daß gerade auch das Opfer eins der höchsten Erdengüter ist, wenn es für eine große, heilige Sache von uns eingesetzt wird. Daß sich das „Glück des Opfers“ bis zur physischen Selbstauflösung steigern kann, haben wir im Kriege viel tausendfach erlebt. Und die da fielen links und rechts — sie starben für die Freiheit und für die Zukunft unseres Vaterlandes. Ob aber der Freiheit und der Zukunft unseres Vaterlandes mit dem Opfer der neuen Notverordnung ein Dienst erwiesen ist, das eben ist die Frage, der wir recht skeptisch gegenüberstehen.

Schon der innere Widerspruch, der einerseits durch die vorgesehene Preissenkung und andererseits durch die Erhöhung der Umsatzsteuer gegeben ist, gibt in wirtschaftspolitischer Beziehung mancherlei zu denken. Die Absicht der Reichsregierung, die zusammenbrechenden Einnahmen der öffentlichen Hand unter allen Umständen auf Kosten der Steuerzahler — und nicht nur dieser — zu ordnen, ist begreiflich. Aber wir fürchten, daß die kostbarste Zeit verpaßt ist und daß unsere verantwortlichen Staatsmänner die letzten Kraftreserven des deutschen Volkes erheblich überschätzen. Auch haben wir die ungeheuerlichen Opfer seit 1918 ja nicht für die Sache des Reiches, sondern allein für das Tributsystem gebracht, mit dem uns Frankreich niederhält.

War es daher ein großer psychologischer Fehler, daß Brüning in seiner letzten Rundfunkrede die immer unaufhaltbarer in die Regierung hineinwachsende nationale Opposition vor aller Welt in heftigster Weise angriff, so ist es völlig unverstänlich, daß er die eigentliche Ursache unseres Elendes — das Tributsystem — vor der Weltöffentlichkeit nicht anzupacken wagte. Und gerade hier wäre ein offenes Wort des Kanzlers in Anbetracht der Baseler und Berliner Verhandlungen ganz unbedingt am Platze gewesen. So aber ist es kein Wunder, wenn sich draußen in der Welt der Gedanke festsetzt, daß die deutsche Zukunft einzig und allein durch die „bösen Nationalsozialisten“, aber beileibe nicht durch die Tribute oder den Bolschewismus bedroht sei. Denn auch der bolschewistische Gefahr hat der Kanzler mit keinem Worte Erwähnung getan. Daß sich Brüning mit dieser ungemein einseitigen Polemik die Gunst der SPD auch für die Zukunft sichern wollte, kann in Anbetracht unserer parteipolitischen Konstellation keinem Zweifel unterliegen. Aber mit parteipolitischen Kunstgriffen ist dem deutschen Volk — zumal auch in außenpolitischer Beziehung — nicht gedient. Wir befinden uns in einer Lage, die das Allerschlimmste befürchten läßt und deshalb außerordentliche Maßnahmen erfordert. Ansätze zu einem tatkräftigen Handeln sind zweifellos genug vorhanden. Aber was hilft das, wenn die unselige Parteipolitik ein wahrhaftes staatsmännisches Handeln immer wieder un-

möglich macht! So wundern wir uns nicht, daß auch die neue Notverordnung kein organisches Ganzes darstellt und weit davon entfernt ist, ein Wirtschaftsprogramm zu sein, das uns mit neuen Hoffnungen zu erfüllen vermöchte. Vor allem vermißt man auch die Antwort auf die brennendste deutsche Schicksalsfrage: „Was wird aus unseren Arbeitslosen?“

Denn just an demselben Tage, als die vierte Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ und zum Schutze des inneren Friedens“ offiziell verkündet wurde, ist der Bericht der „Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung“ erschienen, der uns von dem Ueber-schreiten der fünften Erwerbslosen-Million in Kenntnis setzte. Um die gleiche Zeit im Vorjahr zählten wir „nur“ 3,5 Millionen Erwerbslose. Heute stehen wir bereits in der 6. Million. Erst die allerschlimmste Zeit des vorigen Winters wies eine Arbeitslosigkeit auf, wie sie uns dieses Jahr bereits zu Anfang Dezember beschieden ist. Wir haben schon vor einigen Monaten an dieser Stelle der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß wir in diesem Winter mit einer Arbeitslosenziffer von 9 bis 10 Millionen zu rechnen hätten. Ein sachgemäßer und nüchterner Vergleich der letztjährigen Konjunkturzahlen läßt uns nach wie vor an dieser Berechnung festhalten, so daß wir also keineswegs überrascht sind, wenn die beiden nächsten Monate — unter vorsichtiger Schätzung der Familienangehörigen — ein rundes Drittel des deutschen Volkes auf die Straße werfen. Die neue Notverordnung soll hier zwar mit dem geplanten Preisabbau (man plant ihn heute nicht zum erstenmal!), mit der Zinssenkung und der Mieterleichterung gewisse Milderungen schaffen, aber das Kernproblem ist auch im günstigsten Falle mit diesen Maßnahmen keineswegs gelöst. Im Gegenteil! Wir fürchten — nachdem in dieser Beziehung all die Jahre und insbesondere auch die letzten fünf Monate so gut wie ungenutzt verstrichen sind —, daß uns das neue Notverordnete „Wirtschaftsprogramm“ eher eine Ankurbelung der Erwerbslosigkeit als eine Belebung des deutschen Wirtschaftslebens bringen wird. Selbst wenn man sich in letzter Minute noch zu einigen durchgreifenden arbeitspolitischen Maßnahmen aufraffen sollte, so würde das für die nächsten Monate ohne heilsame Wirkung sein, da einerseits nicht nur die Preisabbauankündigung, sondern auch die gekürzten Löhne und Gehälter zu einer weiteren Kaufenthaltung führen und da andererseits die sozialpolitische Abschnürung der Weltmärkte die deutsche Verzeihungsausfuhr auf einen neuen Tiefstand herabdrücken wird. Die deutsche Nachkriegspolitik hat es im Zusammenhang mit der Versailler Zwangsjacke dahin gebracht, daß ein Drittel des deutschen Volkes just in dem Augenblick existenzlos ist, wo bei den entscheidenden Tributverhandlungen und auf der Abrüstungskonferenz um Deutschlands Schicksal die letzten Würfel fallen.

Frankreich aber liegt auf der Lauer, um uns den letzten Stoß zu versetzen. Kaum haben die Untersuchungen des Baseler Sonderausschusses ergeben, daß sich die deutsche Wirtschaftslage in einer geradezu katastrophalen Verfassung befindet, da wird von Paris aus mit allen Mitteln in der Welt verbreitet, daß Deutschlands Lage „nur vorübergehend“ zu Bedenken Anlaß gebe und daß es aus diesem Grunde nicht angängig sei, eine endgültige Regelung des Tributproblems vorzunehmen. Auch die inzwischen durch den Washingtoner Vertreter des „Daily Telegraph“ bekannt gewordene Pariser Geheimanweisung an die französischen Botschafter zeigt ja ganz eindeutig, worauf Frankreich hinauswill: Aufrechterhaltung des Tributsystems um jeden Preis und Herabsetzung der „Reparationen“ nur insoweit, als auch eine Herabsetzung der französischen Kriegsschulden seitens der Vereinigten Staaten gewährt wird. Gleichzeitig droht im „Matin“ ein sonst als durchaus gemäßigt anzusprechender französischer Außenpolitiker mit Sanktionen für den Fall, daß Deutschland seinen Tributverpflichtungen nicht nachkomme. Im übrigen seien die im Youngdiktat vorgesehene Zwangsmassnahmen von der Reichsregierung selbst ja als legitim anerkannt worden, und es sei „das gute Recht Frankreichs, Deutschland an diesen Teil des Saager Abkommens zu erinnern!“

In diesem Zusammenhang stellen wir mit großer Genugtuung fest, daß der amerikanische Senator Borah im Senat gefordert hat, daß „die Festsetzung der deutschen Reparationen im Verhältnis zu Frankreichs unmittelbarem Sachschaden zu erfolgen habe.“ Ein Berliner Blatt schreibt hierzu: „Mit dieser Art von Reparationen erklären wir uns voll einverstanden; allerdings müssen wir dann mit Frankreich die Rollen tauschen und auf der Rückgabe zahlloser zuviel gezahlter Milliarden bestehen.“ — Wir fürchten jedoch, daß Frankreich mit dieser Regelung der Tributfrage nicht einverstanden ist und

seine ganze militär- und finanzpolitische Macht in die Waagschale werfen wird, um Deutschland weiter unter der Tributschraube zu halten, mit deren Hilfe es sich zum reichsten Volk der Erde emporgeschwungen hat. Auch Amerika hat in Auswirkung der Pariser Angriffe auf den Dollar ja schon wiederholt die Macht des Finanzsystems an empfindlichster Stelle verspüren müssen. Man kann nur hoffen, daß diese Vorgänge den internationalen Widerstandswillen gegen die französischen Annahmen immer weiter stärken und die Front gegen den Schloch Europas immer enger schließen. Was den Völkern in ihrem eigenen Interesse nottut, ist eine endgültige Liquidierung des Tributwahns, zumal unsere privaten Zinsverpflichtungen an das Ausland die zwei Milliarden schon wesentlich überschreiten. Daß unter solchen Umständen unsere privaten Auslandsgläubiger jeden Tributpfennig, den etwa Frankreich noch aus uns herauspreßt, aus ihren eigenen Taschen zahlen müssen, versteht sich von selber. Ob man aus dieser Erkenntnis den Franzosen gegenüber die entsprechenden Konsequenzen zieht, müssen wir abwarten. Bei alledem geht es ja nicht allein um Deutschlands Schicksal. Die gewaltige Weltwirtschaftskrise, die ihre Wurzel in Versailles hat, sucht alle Völker heim und erheischt im Interesse der ganzen Welt ein rasches und ganzes Handeln. Mögen die verantwortlichen Staatsmänner und Wirtschaftsführer bei den schwebenden Verhandlungen in Basel, in Berlin usw. zu einem gesunden Ergebnis kommen, ehe es zu spät ist. — Vernunft oder Chaos? — Das ist die Frage, die gegenwärtig zur Entscheidung steht.

Gesunde Tarifpolitik bei Eisenbahn und Post.

Vor fünf Jahren habe ich im Aufwärts unter der Ueberschrift „Unvernünftige Sparmaßnahmen“ darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn sich selbst schadet, wenn sie nicht wie ein höflicher Geschäftsmann den Bedürfnissen ihrer Fahrgäste entgegenkommt, wenn sie z. B. die Verkehrsverhältnisse vergrößert, indem sie Begleitpersonen bei Schulfahrten verbietet (eine Lehrerin wurde um 20 M bestraft, weil sie ihre Mutter zur Aufsicht mitgenommen hatte). Die Glucht ins Auto hat die Bahn, spät genug, zur Einsicht gebracht; in diesem Jahr erhielten die Schulen ein höfliches Schreiben mit der Bitte um Berücksichtigung und dem ausdrücklichen Wunsch, daß weitere Aufsichtspersonen teilnehmen möchten. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie die Bahn vorgehen muß, wenn sie der Konkurrenz anderer Verkehrsmittel gewachsen sein will. Darum seien hier einige Vorschläge vom Standpunkt des Benützers gemacht, die gleichzeitig durch Verkehrssteigerung die Einnahmen der Bahn heben könnten.

Langsam und zäh wie im Stellungskrieg erobert sich die beliebte Sonntagskarte Schritt für Schritt mehr Boden. Warum wehrt sich die Bahn gegen ihre Ausdehnung, wo sie doch verkehrssteigernd und verkehrsbildend wirkt? Die Freigabe eines ganzen Werktags, etwa des Sonnabends, wo alle Geschäfte geöffnet sind, würde den Werktagsverkehr steigern und kongestrieren. Diese Ballung würde noch erheblich verstärkt, wenn die Dauer der Rückfahrkarten so verlängert würde, daß die Rückfahrt auch nach 8 oder 14 Tagen angetreten werden könnte. Diese Ballung hat den Vorteil, daß an den Hauptverkehrstagen der Fahrplan verbessert und die Züge ausgenutzt werden können, während an den übrigen Tagen eine Einschränkung erfolgen kann. Die technischen Schwierigkeiten dürften nicht unüberwindlich sein. Die Stärke der Ballung ließe sich durch die Höhe der Preisermäßigung geradezu wie mit einem Hebel regulieren. Auf jeden Fall sollte die Rückfahrkarte da noch weiter ermäßigt werden, wo die Luftlinie erheblich kürzer ist als die Bahnlinie. Hier wirkt sich der Vorteil des Strecken Stuttgart-Lüdingen). Die Bahn muß da freilich mit einem altgeheiligten Herkommen brechen, dem Kilometertarif. Aber es würde sich lohnen. Wenn die Luftlinie zur nächsten Großstadt 33 Kilometer beträgt, die Bahnlinie aber 56, so daß die Rückfahrkarte 3 Mark kostet, so ist es kein Wunder, wenn die Züge zur Zeit dreiviertel leer fahren.

Eine weitere Sicherung laufender Einnahmen gibt die Dauerkarte (Abonnement; vgl. Theater). Die Jahressonntagskarte für bestimmte Strecken würde den Bedürfnissen der Orte im Umkreis der Städte entsprechen und die Jahressonntagskarte für eine bestimmte Entfernung ringförmig um die Großstadt den Wünschen der Ausflügler. Für den Berufsverkehr wäre es, auch aus siedl.-polit. Gründen, zweckmäßig, den Kreis des

Einzugsgebietes eines Zentrums möglichst zu erweitern. Stärkere Ermäßigung bei größerer Entfernung und bei erheblichen Umwegen wäre zu erwägen. Als große Ungerechtigkeit wird auch die Bevorzugung einiger Großstädte (Berlin) vor anderen empfunden. Um den Pendelverkehr angenehmer zu machen, wäre anzuraten, die betreffenden Züge paarweise zu führen, so daß z. B. bei der abendlichen Rückfahrt der erstfahrende Zug die Stationen der ersten 20 bis 30 Kilometer versorgen würde, der zweite nachfolgende diese Strecke beschleunigt ohne Halt durchfahren würde, um nach Einholung des ersten die nächsten 20 bis 30 Kilometer zu versorgen. Bei der Einfahrt entsprechend umgekehrt. Ansätze hierzu sind wohl vorhanden, aber noch oft genug sieht man vollbesetzte Riesenzüge die Stadt verlassen und am Ziel so gut wie leer ankommen. Sie werden von den Fahrgästen auf größere Strecken wegen ihrer Bummel und Unbequemlichkeit mit Absicht gemieden. Ueberhaupt wirkt jede Steigerung der Geschwindigkeit, auch im Nahverkehr, verkehrssteigernd. Neben dem Bau schneller Triebwagen wäre hier die Abtrennung der Express- und Passagiergüterbeförderung wünschenswert. Die Beförderungsmöglichkeiten für Gepäck durch Bahn und Post könnten vereinfacht und vereinheitlicht werden.

Die Reichspost meldet trotz ihres Monopolcharakters auch schon Defizit. Auch ihr dürfte manche Preiserhöhung nur nützen. Die letzte war zu unbedeutend und kam nur bestimmten Kreisen zugute. Es ist aber überhört, wenn ein 21 Gramm-Brief in den Nachbarort 30 Pfennig kostet, während ein 20 Gramm-Brief um 25 Pfennig nach Honolulu fährt. Daß das Drucksachenporto bei 100 Gramm gleich von 8 auf 15 Pfennig und bei 250 Gramm gleich auf 30 Pfennig springt, ist beim Versand von Zeitungen, Broschüren und dergleichen allzu hart. Dies nur ein paar Beispiele, die sich leicht vermehren lassen. Auch die Post bevorzugt den Großstädter ungemein dadurch, daß er mit Ortsgebühren an außerordentlich viel mehr Menschen herankommen kann. Nach Aufteilung des Landes in Bestellbezirke dürfte die Wiedereinführung des früheren Nahpostes am Platze sein und zu regerer Ausnutzung der vorhandenen Einrichtungen anregen.

Die Rundfunkgebühren sind billig für den, der das Gebotene ausnützen kann, aber teuer für den Gelegenheitshörer und den einfachen Mann. Könnte da nicht durch Verminderung der allzu reichlichen Sendezeit und vermehrte Uebertragung eine allgemeine Verbilligung eintreten? Die reichen und raffinierten Benutzer könnten durch eine Gerätesteuer besser erfaßt werden. Die Rundfunkgebühren gehören übrigens zu den unpopulärsten Steuern, die zur Unmoral erziehen, weil keine ausreichende Kontrolle möglich ist.

Sehr ausbaufähig ist der Postcheckverkehr. Bei seiner Einführung sollen die Banken gebremst und besonders Verzinsung verhindert haben. Ist eine Rücksichtnahme auf solche Institute, die der Staat jetzt stützen muß, noch zeitgemäß? Ein gelinder Druck auf Beamte, Gewerbetreibende und andere könnte den bargeldlosen Ueberweisungsverkehr gewaltig steigern. Und wenn automatisch für jeden vollen 100 Mark-Betrag, der unangefastet vom ersten bis zum letzten eines Monats auf dem Konto liegen bleibt, eine mäßige Prämie gutgeschrieben würde, wäre der Flucht augenblicklich nicht gebrauchter Beträge vom Postcheck zum Bankkonto vorgebeugt. Schon die Bequemlichkeit würde dafür sorgen; denn das

zinslose Postcheckkonto verdankt seine Beliebtheit in erster Linie der Bequemlichkeit. Noch ganz andere Möglichkeiten stünden offen, wenn die Postsparkasse größere Beträge, etwa 1000 Mark, nach dem Lebenshaltungsindex garantieren würde, falls sie volle Jahre nicht verbraucht werden. Das Gespenst der Inflation hätte seine Schrecken verloren und dem Staat würden ungeahnte Gelder zufließen. Doch das führt uns zu weit von unserem Thema ab zu der im Aufwärts schon vielseitig beleuchteten Währungsfrage. Sicher ist, daß der Staat mit dem Postcheckverkehr einen Hebel in der Hand hat, dessen weitreichende Macht ihm noch unbekannt zu sein scheint.

Fr. Bretschneider.

Der „gerechte Preis“.

Eine zeitgemäße geschichtliche Erinnerung.

Von jeher hat die Frage des „gerechten Preises“, d. h. die Frage der angemessenen Forderung für eine Leistung in Arbeit oder Ware die Gemüter der Erzeuger und Verbraucher bewegt. Namentlich im 17. und 18. Jahrhundert, als sich die Formen des neuzeitlichen Großhandels zu bilden begannen, wurde über den „gerechten Preis“ vielfach gestritten. Dabei war man von vornherein der Ansicht, daß der Verkäufer einer Ware deren Preis durchaus nicht nur nach dem Gesichtspunkt eines möglichst großen Gewinnes festsetzen durfte. Vielmehr wird immer wieder das „Standesgemäße“ Auskommen als maßgeblich bezeichnet, das wohl einen Aufschlag auf den Herstellungs- oder Erwerbspreis gestattete, nicht aber einen „übermäßigen“ Verdienst. Nie aber sollten die Verbraucher ausgebeutet, noch auch die Waren zur Schädigung anderer Kaufleute unter Preis verschleudert werden. Es spielten bei der Erörterung der Preisfrage sehr stark sittliche Erwägungen mit, und die Theologen nahmen an ihr lebhaften Anteil. So lesen wir bei dem Lübecker Superintendenten Marquardus: „Ein Kaufmann tut unrecht, wenn er seine Ware steigert ohne Noth und erheblicher Ursachen, wenn er die Waren allein darum steigert, diemeil sie nicht in großen Vorrath vorhanden sind und der nächste ihrer bedürftig; wenn man in theurer Zeit des Armen nicht verschonet, sondern ihn sowohl als den Vermögenden auf den höchsten Kauf drängt; wenn er allerley Griffe braucht, den Leuten einen Schein für die Augen zu bringen, die unnötige Steigerung zu verdecken.“ In einer 1711 erschienenen „Beschreibung der Messen und Märkte“, einer für die Hand reisender Großkaufleute bestimmten Art Meskalender, lesen wir: „Hast du eine Ware allein, so kannst du wohl einen christlichen, aber keinen übermäßigen Profit daraus nehmen; hüte dich aber insonderheit, solche Waren zu überlegen (d. h. übermäßig im Preise zu treiben), denen das Armuth nicht entbehren kann.“ In der 1742 gedruckten „Allgemeinen Schatzkammer der Kaufmannschaft“ steht: „So du eine Ware allein hast, kannst du wohl einen ehrlichen Profit suchen; doch also, daß es christlich sey und dein Gewissen keinen Verlust erleide oder du an deiner Seele Schaden nimmest.“ Und schon 1686 verlangt der Engländer Mayler, daß die Preise „honest“ seien. Seine Ausführungen über den „gerechten Preis“ gipfeln in den Grundfätzen, daß jeder Käufer die Waren kennen muß, die er kauft; daß der Käufer nicht zu bedürftig oder zum Kauf gezwungen ist; daß jede Ueberredung des Käufers unterbleibt, die darauf ausgeht, ihm einen höheren Preis abzunehmen.

Wie uns die harte Not der Gegenwart lehrt, ist die Frage des „gerechten Preises“ bisher noch nicht eindeutig gelöst worden. Das liegt in erster Linie an der Dehnbarkeit des Begriffes „gerecht“, dessen Auslegung nur zu leicht von den Verlockungen der Gelegenheit, der „Konjunktur“, und der persönlichen Anlage der Menschen bestimmt wird!

H. M.-D.

Die Wohnungswirtschaft

Mietentung, Wohnungspolitik und Hauszinssteuerabbau in der Notverordnung.

Von

Oberregierungsrat Durs.

In der Regelung der Gebäudeeinkommensteuer oder der Hauszinssteuer, wie sie allgemein genannt wird, steht die letzte Notverordnung dem Schlußstein unter eine Entwicklung, die im Frühjahr 1924 im Zusammenhang mit der Aufwertungsgezeßgebung begann. Die Steuer selbst war seit ihrem Bestehen politisch und wirtschaftlich stark umstritten. Bereits die Oktober-Notverordnung sah eine Senkung der Steuer ab 1. April 1932 grundsätzlich um 20 v. H. vor. In dieser Höhe wird nunmehr die Steuer in den nächsten drei Jahren, also vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1935, erhoben. Dann wird sie stufenweise abgebaut, und zwar in den Jahren 1935 und 1936 um 25 v. H. und in den darauffolgenden drei Jahren um 50 v. H. Vom 1. April 1940 ab wird eine Hauszinssteuer nicht mehr erhoben. Daneben bringt die Neuregelung für den Hausbesitzer die Möglichkeit, die Steuer abzulösen. Der Ablösungsbetrag ist verschieden nach dem Zeitpunkt, in dem die Ablösung erfolgt. Zum Beispiel haben diejenigen Hausbesitzer, die noch vor dem 1. April 1932 von der Ablösung Gebrauch machen wollen, den dreifachen Jahresbetrag der Steuer des Jahres 1932 zu bezahlen. In allen Fällen ist aber der volle Jahresbetrag der Steuer zu bezahlen.

Die Verordnung regelt ferner eingehend den Verwendungszweck sowohl des noch laufenden Steueraufkommens wie der Ablösungsbeträge. Für die Zwecke der Wohnungswirtschaft, also für den Kleinstwohnungsbau, die Erhaltung des Altwohnraumes und die Teilung von Großwohnungen, für Miet- und Zinszuschüsse, für die Abdeckung von Vorgriffen auf die Hauszinssteuer können die Länder noch Mittel bis zur Höhe von einem Fünftel des Aufkommens verwenden. Daneben bleibt das Gesetz über die Rückflüsse aus den sogenannten Hauszinssteuerhypotheken bestehen.

Die Wohnungswirtschaft ist insofern überflüssig und abzubauen, als sich auf dem Wohnungsmarkt Angebot und Nachfrage ausgleichen. Im Hinblick auf die Entwicklung in den letzten Monaten glaubte die Reichsregierung eine allgemeine, einheitliche Regelung für das ganze Reichsgebiet vorsehen zu können. Das Wohnungsmangelgesetz tritt am 1. April 1933 endgültig außer Kraft, d. h. von diesem Zeitpunkt an dürfen Wohnungen oder sonstige Räume von den Wohnungseigentümern nicht mehr beschlagnahmt und sonst in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wird das Wohnungsmangelgesetz schon ab 1. Januar 1932 wesentlich eingeschränkt. Danach werden künftig von der Beschlagnahme und den übrigen Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes sämtliche Wohnungen ausgenommen, deren Jahresmietmiete einen je nach der Ortsklasse verschiedenen Betrag übersteigt. Diese Beträge liegen zwischen 300 Mark in der niedrigsten Ortsklasse und 800 Mark in der höchsten. Ferner ist das Verbot des Abbruchs von Häusern, der Zusammenlegung von Wohnungen und der anderweitigen Verwendung von Wohnungen aufgehoben. Werkwohnungen und Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen dürfen ebenfalls nicht mehr beschlagnahmt werden.

Der Mieterschutz wird für die Zukunft in folgender Weise neu geregelt: Die Vorschriften des Reichsmieterschutzgesetzes

stelle zu vertreten lernen muß. Ein Buch von Heimatschmerz, tapferem Lebensmut und unerschütterlichem Gottvertrauen. — Bemerkenswerter Weise hat der Verlag nun auch eine illustrierte 85 Pfennig-Reihe begonnen. Zwei kleine Geschichten voran: die eine von der bekannten und von uns ganz besonders geschätzten Else Model „Zwei Freunde“. Hier ist die religiöse Fundamentierung auf das Beste gegeben. Menschenliebe und Linderkeit zwingt Menschenirre und -trog. Unsere Verlegenheiten sind Gottes Gelegenheiten. Die andere ist eine kraftvolle Werbegeschichte eines naturgebundenen und künstlerisch starken Menschenkinds, aufgezogen auf Sult. Sophie Klarz erzählt sie unter dem Titel: „Die silberne Orgel“. Beide Bändchen sind buchhändlerisch besonders anerkennenswert bezüglich Gestalt und Preis.

Auch der Reutlinger Jugendchriften-Verlag Enklin u. Laiblin, dessen Entwicklung zur Wertigkeit wir mit Interesse verfolgen, bringt in einer bebilderten 2 Mark-Reihe einiges ganz Alte und Neue. Zum Besten gehört: Frieda Schanz „Hab mich lieb!“ Vorbildliche Kinder geschichten. Auch zum Vorlesen. Auch Frohmanns „Märchenmunderwelt“ verdient Lob: Farbe, Bewegung und Versonnenheit. — Für Jungens in erster Linie, wenn auch keineswegs ausschließlich sind die Kurzgeschichten aller möglichen guten Menschen und -fahrer, herausgegeben von Rublank: „Eroberung Asiens“ genannt, danach Haasens „Orangepflanze von Sarona“, in Deutsch-Ost spielend, sehr spannend, und zuletzt „Das Inselgeheimnis“ aus der Feder des Afrikaforschers Steinhart, aber im Stillen Ozean und in Amerika spielend. Dies letztere ein romantisches Erlebnis, Forschung und Verbrecherkämpfe zugleich umfassend. Die ersten sind die wertvolleren.

Die Jugendabteilung des Ernteverlags, Potsdam, kann sich etwas darauf zugute halten, daß sie durch ihre ausgezeichneten und lebenswahren Indianergeschichten einen auch psychologisch wertvollen Beitrag zum wirklichen Bild der Rothäute vermittelt. Die Autoren sind allesamt eng mit dem roten Volk verwaften. J. W. Schult hat „In Natchis Zelt“, seinem eignen, von seiner indianischen Frau gehegten Wigwam und am Lagerfeuer die mancherlei Sagen und Heldenerlebnisse gehört und gibt sie lebendig wieder (5,—). Ergänzt wird dieses Werk durch die Berichte eines Vollblutindianers selbst, Eastmann, der in „Chiffa“ (5,80) seine eigenen Sioux-

Jugenderinnerungen und in „Winona“ (6,—) hochspannende und wertvolle Einzelheiten aus dem Leben bedeutender Frauen und Männer seines Stammes erzählt. Das ist alles ganz echt. Besonders eigenartig ist auch der Buchschmuck, der den Büchern eine weitere besondere Note gibt. Neben diesen dreien ist zu nennen Harders „Jahlah“ (Agentur — 3,80). Die Geschichte einer Indianerliebe, packend erzählt, mit sehr viel Kultur- und Naturbeobachtung als Hintergrund. Ursprüngliches Erleben hat auch hier die Feder geführt. Das macht das Besondere aller hier genannten Bücher aus. Eckhart.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort! Evangel. Andachten für jeden Tag. Furche-Verlag, Berlin, Preis 6,— Mark.

Ein neues Andachtsbuch! Es können schwerlich zu viele Andachtsbücher erscheinen, denn es werden noch lange nicht in jeder evangel. Familie Andachten gehalten, und das liegt, zum Teil wenigstens, daran, daß man noch nicht das rechte Andachtsbuch gefunden hat. Das vorliegende Buch wird dem Verlangen vieler entgegenkommen. Daß es nicht weniger als 20 Mitarbeiter hat, könnte einen Verdacht gegen die Einheitlichkeit erwecken. Aber bei den meistens der Mitarbeiter (K. Barth, E. Brunner, Thurneisen, Wieser usw.) wird das innere Band durch den Zusammenhang mit der dialektischen Theologie, und da es sich hier um die Botschaft handelt, wird man besser sagen, mit der Verkündigung Christoph Blumhardts hergestellt. Hier wird die Botschaft vom Reich Gottes so gesagt, daß sie mit ihrer ganzen ersten Wucht, aber auch mit ihrer bescheidenen Kraft hineinklingt in die Wirklichkeit dieser Welt und dieser Zeit. Man möchte das Buch auch gerade denen empfehlen, welche meinen, die dialektische Theologie sei für das christliche Leben unfruchtbar. Sie können sich hier vom Gegenteil überzeugen. Sehr beachtenswert ist eine Bemerkung des Herausgebers Gerh. Jacobi zum Schluß: „Leser, die im Anschluß an einzelne Andachten Fragen haben, wollen mir diese zuwerfen lassen; ich leite sie dem betreffenden Verfasser weiter.“ Wenn durch die Andachten ein persönlicher, seeligerlicher Verkehr mit den Schreibern geweckt würde, so wäre das freilich ein ganz besonderer Gewinn.

W.-m.

Jugendland.

Was Spiel und Beschäftigung der Kleinsten anlangt, so markiert der Verlag von J. Scholz, Mainz, wie immer an der Spitze. Da sind zunächst die einfachen Tierbilderbücher (65 Pfennig bis 2,— Mark), insbesondere die von C. D. Peterfen. Für das nächste Alter folgen die Märchenbilderbücher: Vom Bären Teddy, (ab 3. Jahr; 3,50) und von 5 Jahren ab „Dornröschen“ (1,—). Verlagsgrundsatz ist die Bebilderung durch Gegenwarts-künstler. Hier wird man manchmal zur Auffassung verführt sein, kein zu sagen. Doch tut das der Gesamtleistung keinen Abbruch. Ab 6. Jahr sei auf Schäfer „Was die Kinder werden wollen“ hingewiesen (—,65). An Werkmitteln für Spiel und Arbeit empfehlen wir die 4 kleinen Klebbücher „Hallo, wir kleben!“ (je 50 Pfennig) und die künstlerischen Scholz-Malbücher (—,15 bis 1,50). Rubners „Schnitt und Knick“ (—,80) vereint Figurenschneiden und -falten. Besonders aber ist das hübsche Knetspiel von Emma Diehl „Mein Verkaufsstand“ (5. bis 8. Jahr, 3,—) hervorzuheben.

Was dem Verlag Scholz, damit er allseitig Spitzenleistung aufweise, noch fehlt, das ist die Aufnahme besser religiöser Vorwürfe in seine Arbeit. Es wird auf die Dauer nicht ohne Bedenken empfunden werden, wenn die religiöse Welt so völlig fehlt. Denn sie fehlt im Lebenskreis unserer Kinder nicht. Sie kann aber weder konfessionell einseitig noch in allgemeiner Religiosität verwaschen dargestellt werden. Und erst recht nicht verquitt mit märchenhaften Arabesken und Sentimentalitäten. Hier müßte der Verlag noch besser beraten sein.

Vorbildlich gebunden bringt die Weihnachtsgeschichte, für Kinder nacherzählt von Karl Hesselbacher, bebildert von Rudolf Schäfer, der Schloßmannsche Verlag unter dem Titel „Guck ist ein Kindlein heut geborn“ (45 Pfg.) heraus. Weitester Verbreitung wert.

An Sammelheften zu 15 Pfennig erschienen 2 ganze Serien der „Immergrün-Erzählungen“ neu, volkstümlich und schlicht. Gute Namen dabei (Quell, Stuttgart).

Aus dem bekannten Thienemann-Verl., Stuttgart, ist zunächst ein ausgezeichnetes Büchlein der 2 Mark-Reihe anzugeben: Hein „Anne“. Die Geschichte eines ostpreussischen, von den Russen verschleppten Mädchens, die in langer Gefangenschaft an den kleineren Geschwistern Mutter-

Preußen will sparen.

Die Kernpunkte: Aufhebung von 50 Landkreisen — Abbau kleiner Amtsgerichte — Herabsetzung der Altersgrenze? — Berlin, 16. Dezember.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beschäftigt sich das preußische Staatsministerium mit der Ausarbeitung einer Spar-Notverordnung, die noch vor Weihnachten veröffentlicht werden soll. Als Zweck dieser Verordnung wird angegeben, die Anpassung der bisher von Preußen erlassenen Bestimmungen an die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten und die Herbeiführung eines Ausgleichs im Staatshaushaltsplan.

Zunächst scheinen sich die Vorbereitungen für diese Spar-Notverordnung noch im Stadium der Chefbesprechungen zu befinden. Sachliche Entscheidungen können jetzt also noch nicht vorliegen. Das verhindert aber nicht, daß bereits eine ganze Reihe von Berichten über den Inhalt dieser Verordnung umlaufen.

So soll angeblich eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung angestrebt werden. In der Justizverwaltung steht danach die Eingliederung von etwa 30 bis 40 kleineren Amtsgerichten bevor; in der inneren Verwaltung die Aufhebung von 50 Landkreisen und in der Landwirtschaftsverwaltung die Kürzung der Mittel für die landwirtschaftlichen Forschungsinstitute.

Weiter soll die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 62 Jahre geplant sein. Die Befürworter dieser Maßnahme erklären, daß die Beamten zwischen 62 und 65 Jahren das höchste Gehalt beziehen, würde ihre Verbehrung in den Ruhestand dem Staat erhebliche Besparungen einbringen. Die Gegner der Herabsetzung der Altersgrenze verweisen auf die Bestimmungen der Reichsverfassung und behaupten, die Reichsverfassung schließe eine solche Maßnahme aus.

Die stärkste Auswirkung würde übrigens die Herabsetzung der Altersgrenze in der Schulverwaltung zeitigen, da viele Lehrer über 62 Jahre alt sind. Uebrigens besteht für diese Lehrer schon jetzt die Möglichkeit einer freiwilligen Pensionierung.

Gleichzeitig werde von Preußen, so heißt es weiter, eine Durchführungsverordnung zur Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen. Nach dieser Verordnung müßten die Beamten, die im Zusammenhang mit ihrem Amt als sachverständige Gutachter, Aufsichtsräte, Treuhänder, Vorstandsmitglieder von Rundfunkgesellschaften tätig sind, einen Teil dieser Nebenbühne dem Staat abgeben. Diese Bestimmung habe auch für die Amtsärzte sehr einschneidende Bedeutung.

Umbildung der Versorgungsämter?

Die letzte Hälfte der Dezembergehälter wird am 22. gezahlt.

Der Reichs- und der preußische Finanzminister haben angeordnet, daß die zweite Hälfte der Dezemberbezüge am 22. d. M. ausbezahlt wird. Eine frühere Zahlung sei in Anbetracht der Kassenlage nicht möglich.

Die Gehälter der Reichs- und Staatsangestellten werden auf Grund der Notverordnung vom 18. Juli nach wie vor in zwei bis drei Raten gezahlt, obwohl für die Be-

Tributkonferenz Ende Januar.

Generalaussprache im BIZ-Ausschuß beendet. — Einsetzung zweier Unterausschüsse.

— Basel, 16. Dezember.

Die Baseler Reparationsverhandlungen sind jetzt so weit gediehen, daß mit der Ausarbeitung des Gutachtens über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten begonnen werden kann. Die deutsche Berichterstattung im Ausschuß ist abgeschlossen, nachdem eingehendes Material über die Kreditlage, über die Lage des deutschen Außenhandels, über die Haushalts-, Steuer- und Finanzverhältnisse und die Lage der Reichsbahngeellschaft vorgelegt worden ist.

Es wurden zwei Unterausschüsse eingesetzt. Das erste Unterausschüsse, dessen Vorsitz der Schwede Rydbeck führt, soll Reichsbahnfragen behandeln, das zweite unter Vorsitz des Holländers Collin den Reichshaushalt. Der Vollausschuß wird während der Arbeiten der Unterausschüsse keine Sitzungen abhalten.

Man nimmt an, daß in etwa acht Tagen das Gutachten des Beratenden Sonderausschusses vorliegen wird und bis dahin auch die Verhandlungen der Berliner Stillhaltekonferenz beendet sein werden. Die Entscheidung über die Durchführung dieser Gutachten würde dann die Konferenz der Regierungen haben, die Ende Januar — wie man jetzt annimmt, in einer Stadt der Schweiz — zusammenzutreten wird.

Expresstaxi um 15 Prozent ermäßigt

— Berlin, 16. Dezember.

Die Reichsbahnverwaltung hat nunmehr auch noch die Expresstaxi um 15 Prozent ermäßigt. Die durch die Notverordnung bedingten Tarifsenkungen werden im Verlaufe des heutigen Tages bekanntgegeben. Die wichtigsten Ermäßigungen betragen bei der Wagenladungskategorie 5 bis 26,3 v. H., bei Stückgut 15 v. H., beim allgemeinen Rohlenausnahmetarif 12 v. H. und bei Gebühren für Privatgleisanschlüsse 10 v. H.

Freitag Landtagsabstimmung.

Ueber den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Minister Klepper.

— Berlin, 15. Dezember.

Der neue Präsident des Preussischen Landtages eröffnete den letzten Tagungsabschnitt des Landtages im Jahre 1931 mit einem Aufruf für den auf der Fahrt von Schneidemühl nach Berlin ums Leben gekommenen Abgeordneten Leonhardt. Dann wandte sich das Haus der Erlebigung der Tagesordnung zu und verhandelte zunächst über den vom Beamtenauschuß im Einvernehmen mit der Staatsregierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf über das Disziplinargesetz für die nichtrichtlichen Beamten. Das Gesetz geht auf Urtritte der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, und der Wirtschaftspartei zurück.

vorherangehenden tarifvertraglich nicht die Vorauszahlung vorgezogen ist, wie für die Beamten in der Besoldungsordnung.

Zu den in verschiedenen Reichsteilen umlaufenden Gerüchten über eine Auflösung von Versorgungsämtern wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß bis jetzt Beschlüsse in dieser Richtung nicht gefaßt worden sind. Es handelte sich vielmehr um einen „Referentenentwurf eines Planes über die Umbildung der Versorgungsämter“, der den einzelnen Versorgungsämtern zur Stellungnahme vorgelegt worden ist.

Goldkrise behindert die Ausfuhr

Der deutsche Ausfuhrüberschuß von 383 Millionen Mark im Oktober auf 256 Millionen Mark im November gesunken.

— Berlin, 16. Dezember.

Nach dem Pfundsturz und dem Abgleiten der nordischen Währungen lassen jetzt die Abschlußrechnungen des deutschen Außenhandels für November erstmals die schweren Beeinträchtigungen erkennen, die der internationale Warenaustausch durch diese Ereignisse erfahren hat. Der deutsche Ausfuhrüberschuß ist nämlich von 383 Millionen Mark im Oktober auf 256 Millionen Mark im November gesunken.

Unter Berücksichtigung der Tributablieferungen übersteigt der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr nur noch um 267 Millionen Mark gegenüber 396 Millionen Mark im Oktober.

Die Ausfuhr ist von 866 Millionen Mark im Oktober auf 738 Millionen Mark im November zurückgegangen. Dazu kommen noch die Tributablieferungen im Werte von 11 Millionen Mark gegenüber 13 Millionen Mark im Vormonat. Die Einfuhr hat sich wertmäßig mit 482 Millionen Mark gegenüber 483 Millionen Mark im Oktober ungefähr gehalten; mengenmäßig ist sie um 4 v. H. gestiegen, da die Durchschnittswerte erneut zurückgegangen sind.

Von dem Rückgang der Ausfuhr dürfte, entsprechend der Entwicklung in den Vorjahren, rund ein Drittel auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen sein.

Zwei Drittel der Ausfuhrabnahme sind zweifellos als die ersten Auswirkungen der Abfahrtschwächen anzusehen, die der deutschen Ausfuhr im Auslande befeuert werden.

Inbesondere läßt sich der die Ausfuhr hemmende Einfluß der zahlreichen Währungsentwertungen bereits deutlich erkennen. So hat die Ausfuhr nach Ländern mit entwerteter Währung im allgemeinen stärker als im Durchschnitt abgenommen. Beispielsweise ist die Ausfuhr nach Dänemark um 25 v. H., nach Schweden um 21 v. H., nach Britisch-Indien um 37 v. H., nach Argentinien um 22 v. H., gesunken, während der Rückgang der Ausfuhr nach Frankreich, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei sich zwischen 10 und 16 v. H. bewegt. Eine Ausnahme hiervon bildet zunächst noch die Ausfuhr nach Großbritannien, die im November im Hinblick auf die inzwischen durchgeführten Zollmaßnahmen noch zugenommen hat. Die Ausfuhr nach Rußland beginnt ebenfalls zu sinken.

In der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in zweiter Beratung im wesentlichen nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Die dritte Beratung soll am Donnerstag stattfinden. Der Landtag bestätigte dann eine Reihe von Ausschlußbeschlüssen. Angenommen wurde ein Antrag des Hauptausschusses zugunsten der Kleinschiffahrt.

Am Mittwoch erledigt der Landtag die Aussprache über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Klepper. Die Abstimmung erfolgt am Freitag. Bis dahin soll auch noch die Denahem-Angelegenheit und die Strafverfolgung des Polizeimajors Leuit besprochen werden. Am Freitag wird sich der Landtag bis 19. Januar vertagen.

Keine Schlachtsteuer in Preußen?

— Berlin, 16. Dezember.

Anlässlich des Wiederaufnahmestritts des Preussischen Landtages erörterten Vertreter der Regierungsparteien mit den beteiligten Ministerien die Frage der Einführung einer Schlachtsteuer in Preußen. Wie verlautet, sind starke Bedenken gegen eine solche Steuer erhoben worden. Auch Preiskommissar Dr. Goerdeler soll gewarnt haben. In parlamentarischen Kreisen beurteilt man daher die Schlachtsteuer bereits als erledigt.

Brand in der flammeischen Hauptstadt.

— Bantol, 16. Dezember.

Die Stadt ist von einem Großfeuer heimgesucht worden, das das folgenschwerste ihrer ganzen bisherigen Geschichte ist. In dem chinesischen Geschäftsviertel sind 500 feste Häuser, darunter das Gebäude der Bank von Kanton, zerstört worden. 2000 Personen sind obdachlos. Der Materialschaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.

Verhaftungen wegen der Waffenfunde.

— Torgau, 16. Dezember.

Im Zusammenhang mit den Waffenfunden in Stadt und Kreis Torgau sind bisher sieben Personen verhaftet worden. Die Verhafteten gehören sämtlich der SPD an und stammen aus Torgau und Umgebung. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Mieterwünsche zur Notverordnung.

— Berlin, 16. Dezember.

Der Reichsregierung ging eine Entschließung des Reichsverbandes Deutscher Mieter zu, in der die Senkung der Miete durch Notverordnung begrüßt und ein Fortschreiten auf diesem Wege, insbesondere eine weitere Senkung der Neubaumieten gefordert wird. Kritisiert wird der Abbau der Mieterkündigungsgesetzgebung und die Regelung des Abbaues der Hauszinssteuer. Die Regierung wird um entsprechende Abänderungen der Verordnung ersucht.

gesetz und des Mieterkündigungsgesetzes sind vom 1. April 1932 an nicht mehr anwendbar auf teure Wohnungen, das sind Wohnungen mit einer Jahresmiete von 1600 Mark und mehr in Berlin, 1400 Mark und mehr in den Orten der Sonderklasse, bis zu 450 Mark und mehr in Ortsklasse D. Außerdem werden befreit alle Neubauten, alle durch Um- oder Einbauten neu geschaffenen Räume ohne Rücksicht darauf, ob sie mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln errichtet wurden oder nicht. Das gleiche gilt für alle durch Teilung einer Wohnung oder Umwandlung von Geschäftsräumen neu geschaffenen Räume und für sämtliche Untermietverhältnisse. Der große Teil der mittleren, kleinen und kleinsten Wohnungen bleibt auch jetzt noch unter Mieterkündigung. Aus diesem Grunde werden auch das Mietengesetz und das Mieterkündigungsgesetz am 1. April 1933 nur unter der Voraussetzung aufgehoben, daß bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Mieten unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden.

Die Grundlage für die Mietenfestsetzung ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes für Aufwertungs- und sonstige Hypotheken in Verbindung mit der Neuordnung der Hauszinssteuer. Die Ursache für die unterschiedliche Behandlung der Alt- und Neubauten liegt darin, daß die Hauszinssteuer nur bei Neubauten erhoben wird. Die Hauszinssteuer ist abgestimmt auf die Höhe des Zinsfußes der Aufwertungs- und sonstigen Hypotheken. Nachdem der Zinsfuß der Aufwertungs- und sonstigen Hypotheken statt auf 7½ v. H. auf 6 v. H. vom 1. Januar 1932 an festgelegt wurde, konnte die Entlastung, die der Hausbesitzer auf diese Weise erfährt, zu einer gleichmäßigen Mietenfestsetzung herangezogen werden. Beim Altwohnraum wurde eine gleichmäßige Senkung der Miete um 10 v. H. der Friedensmiete vorgeschrieben.

Grundsätzlich anders hingegen liegen die Dinge beim Neubaubereich. Eine Hauszinssteuer wurde beim Neubaubereich nie erhoben. Hier stehen daher für eine Mietenfestsetzung nur die Beträge zur Verfügung, die der Neubaubereich durch die Zinsentlastung erspart. Hier mußte eine individuelle Lösung gefunden werden. Zweifelslos wird dabei für die meisten Neubaumwohnungen eine erhebliche Mietenfestsetzung erfolgen können, die vielfach über die Mietenfestsetzung bei den Altwohnungen hinausgehen wird.

Dreimal wöchentlich Sprechbörse

Ab Donnerstag. — Das Verbot der Kursveröffentlichung besteht fort.

— Berlin, 16. Dezember.

In der Frage der Wiedereröffnung der deutschen Wertpapierbörsen ist nunmehr die Entscheidung dahin gefallen, daß die Räume der Berliner Effektenbörse in Zukunft dreimal in der Woche für Aussprachen wieder geöffnet werden. Geschäfte dürfen bei diesen Zusammenkünften nicht abgeschlossen werden. Die Aussprachen sollen vielmehr lediglich dazu dienen, Fehler des jetzigen Telephonhandels zu berichtigen und zuverlässigere Schätzungen des Wertes der Papiere ermöglichen.

Die erste Sprechbörse findet in Berlin am Donnerstag in der Zeit von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr statt. Die weiteren Tage sollen noch bestimmt werden.

Die Bekanntgabe der Einführung von Sprechbörsen erfolgte anlässlich eines Presseempfangs in der Berliner Industrie- und Handelskammer. Staatssekretär a. D. Dr. Meyer richtete bei dieser Gelegenheit die Bitte an die Besucher der Sprechbörsen, das Verbot der Kursveröffentlichungen strikte innezuhalten und jede Gerüchtmacherei zu vermeiden. Gesehe das, dann könne man eine stufenweise Erweiterung des Börsengeschäfts erhoffen.

— Reichspräsident von Hindenburg wird sich aus Anlaß des Jahreswechsels mit einer Rundfunkrede an das deutsche Volk wenden.

Gemafang. Die Erneuerungsbewegung in der Gemeinde Sattelberg, Neuguinea, von Leonhard Klier. Verlag Bertelsmann, Gütersloh, Preis 2,— Mark. — Beim Entstehen der Gemeinde Sattelberg sind von Dr. Keyßer die natürlichen schöpfungsmäßigen Ordnungen, die er im Volke vorfand, sorgfältig beachtet worden. In dieser Schrift wird gezeigt, wie es hier einen Rückschlag gegeben hat, der durch eine innere Bewegung überwunden wurde, ohne daß deshalb die Struktur des Gemeindegemeinschafts verändert zu werden brauchte. W—m.

Amtskalender für Evgl. Geistliche 1932. Bertelsmann, Gütersloh, Preis 2,80 Mark. — Der Schneiderische Amtskalender ist von P. Troschke in gewohnter Ausführung und mit fein ausgewählten Sentenzen für jeden Tag für 1932 erschienen und wird seinen alten Freunden willkommen sein. W—m.

Müller, Die große Neue auf Nias. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh, Preis kart. 5,—, geb. 6,50 Mark.

In der Zeit größter Kriegsnot der deutschen evangelischen Mission wurde ihr die wunderbare Erweckungsbewegung auf Nias in Niederländisch-Indien geschenkt. Eine Aufeinanderfolge wunderbarer Erweckungen durchzog die Jahre 1916 bis 1922. Der zeitliche Abstand berechtigt zur Frage nach der Bedeutung dieses Ereignisses. In diesem Buche finden wir eine umfassende kritische Darstellung, die eine Fülle von psychologischen, missionskundlichen und missionsethologischen Fragen bringt. Ich kenne nur einige: die Frage nach Individuum und Masse bei den kollektivistischen primitiven Menschen, die Frage nach der volkstümlichen Verwurzelung der religiösen Vorgänge und Erscheinungen, die Frage nach der missionarischen Arbeitsweise usw. Man möchte daher das Buch in der Hand der Theologen im Pfarramt sowohl als auch in der Hand der Volksmissionare suchen. Die Vorgänge auf Nias bringen ihnen für die Frage nach Volkskirchentum und Erweckung neue Gesichtspunkte. Weil alle Fragen in diesem Buche von einheitlicher Schau aus beleuchtet werden, wird man zu weiterem Nachdenken, Fragen und Widerspruch angeregt. Man gewinnt freilich auch den Eindruck, daß man letztlich eine Erweckungsbewegung nach ihrer letzten Verwurzelung nicht kritisch darstellen kann. Nur wer das volle Erleben dieser oder anderer Erweckungen aus Gott schauen durfte, wird die Tragweite dieser Darstellung mit beurteilen können. Jasper, P.

